

Neues aus dem Schulausschuss - Sitzung vom 29.02 2016

Es ist zu hoffen das der Antrag von CDU, Grünen und FDP zur Erstellung einer **Prioritätenliste für den Schulbau** und die Generalsanierungen endlich zu transparenten und realisierbaren Planungen und Umsetzungen führt. Das bisherige Problem beim Schulbau bestand darin, dass zwar eine Unzahl von Beschlüssen gefasst wurden, dass aber die Bauprojekte teilweise Zeiträume bis zu 13 Jahren umfassen. Dies offensichtlich intransparente und für die Schaffung von Schulplätzen und dem Ausbau des Ganztags unzureichende Verfahren ist nur zu verändern, indem vom Amt für Schulentwicklung in Zusammenarbeit mit der Gebäudewirtschaft eine realisierbare Prioritätenliste erstellt wird, die sich an Kriterien orientiert. Für die Rangliste muss momentan an erster Stelle die Schaffung von Schulplätzen in Gesamtschulen und Gymnasien stehen und an zweiter Stelle dann der Ausbau des Ganztags. Natürlich dürfen durch die Liste nicht schon weitgehend abgeschlossene Planungen behindert werden. Auch für die Frage, ob die Gebäudewirtschaft es schafft, die Baumaßnahmen abzuwickeln, wollen wir geprüft haben, welche Maßnahmen ausgelagert werden können. Nachdem wir einige Punkte aus dem Resolutionsentwurf der SPD zum Problem des Schulbaus aufgenommen haben, nämlich die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen beziehungsweise die Prüfung der Bildung von Teilstandorten stimmte dann auch die SPD dem Antrag zu, womit sie ihre jahrelang verfolgte Linie in dieser Frage aufgibt. Ich halte das für ein erfreuliches Zeichen, im Sinne der Sache zusammenzuarbeiten.

Bei einer weiteren Vorlage der Verwaltung und zwar der Errichtung eines Erweiterungsbaus und einer Sporthalle für das **Barbara-von-Sell-Berufskolleg und die Edith-Stein-Realschule** in Nippes haben wir durch unsere Zusammenarbeit mit der CDU erreicht, dass diese Gebäude im Passivhausstandard ausgeführt werden und dass der ursprüngliche Plan, die Stellplätze durch ein Parkdeck nachzuweisen ausgesetzt wird, und dass zum gegebenen Zeitraum geprüft, ob die Stellplätze nicht auf der Gürteltrasse nachgewiesen werden können, womit nach der Vereinbarung mit CDU zum Gürtelausbau zu rechnen ist.

Eine weitere wichtige Vorlage der Verwaltung lässt uns betroffen und zum großen Teil ratlos zurück. Es geht um den **Erweiterungs- und Turnhallenbau für die Kaiserin-Theophanu-Schule**. Der Planungsbeschluss 2011 ging von Kosten in Höhe von 16,1 Millionen aus. Die jetzige Vorlage der Verwaltung sieht für diese Baumaßnahme inzwischen Kosten von 34,5 Millionen vor. Zwar gibt es Ansätze zur Begründung mit Grundstückskosten,

Leitungsverlegungen und ähnlichen Dingen, trotzdem aber bleibt ein völlig ungutes Gefühl bei einer solch exorbitanten Kostensteigerung zurück. Aber aufhalten kann man die Maßnahme eben auch nicht!

Horst Thelen